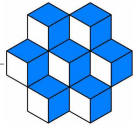


Die Bauwirtschaft NRW

Baugewerbliche Verbände

Bauindustrieverband NRW e.V.

Bauverbände Westfalen



Presseinformation

26. August 2010

**Rot-grüne Landesregierung
stoppt neue Ortsumgehungen und
Autobahnlückenschlüsse:**

**Nordrhein-Westfalen
schon bald Stauland Nr.1 in Europa !**

**Bauverbände präsentieren Vorschlagskatalog
zur Baupolitik**

Düsseldorf. Nach dem Willen der neuen, rot-grünen NRW-Minderheitsregierung sollen Landes-, Bundes- sowie Bundesfernstraßen in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich nur noch erhalten werden. Neubau- und Ausbauplanungen werden per sofort eingefroren. Damit wird es in Zukunft am Willen Abertausender verkehrsgeplagter Innenstadtbewohner vorbei keine neuen Ortsumgehungsstraßen zur Entlastung der Städte und keine Autobahnlückenschlüsse zur Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen mehr geben. Statt Transitland Nr. 1 wird Nordrhein-Westfalen mit seiner intensiven wirtschaftlichen Außenverflechtung als logistische Drehscheibe für den nationalen und internationalen Güterverkehr schon bald zum Stauland Nr. 1 in Europa. „Eine solche Entwicklung, die aus rein ideologischen Gründen billigend in Kauf genommen wird, kann und darf es nicht geben“, warnten einstimmig die Hauptgeschäftsführer der drei nordrhein-westfälischen Bauverbände **Lutz Pollmann** (Baugewerbliche Verbände), **Beate Wiemann** (Bauindustrieverband NRW e.V.) und **Hermann Schulte-Hiltrop** (Bauverbände Westfalen) in einem gemeinsamen Pressegespräch der Bauwirtschaft NRW am 26.08.2010 in Düsseldorf.

So erzeugen die Koalitionsvereinbarungen der neuen NRW-Landesregierung bei der Bauwirtschaft NRW vor allem im Hinblick auf die Straßenbauinvestitionen erhebliche „Bauchschmerzen“. Wer wie die Landesregierung dem Klimaschutz höchste Bedeutung beimesse, der müsse sich auch darüber klar sein, dass zunehmende Megastaus auf nordrhein-westfälischen Straßen die Abgasbelastung mit CO₂ und damit die Umweltbelastung massiv in die Höhe treiben. Auch die stetige Zunahme des PKW- und LKW-Aufkommens spreche eindeutig dafür, dass Straßenbauinvestitionen auf keinen Fall reduziert, sondern unbedingt bedarfsgerecht ausgeweitet werden müssen. Erfreulich seien die Bestrebungen der Koalition, die geplanten Bahnprojekte, z.B. RRX, weiter zu verfolgen. Gleichwohl befürchten die Bau-

.../2

verbände, dass die neuen Akzente bei der Verkehrsinfrastrukturpolitik pro Bahn zu Lasten der Straße aufgrund der überragenden Bedeutung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen zu immer gravierenderen Verkehrsengpässen führen. Statt nur noch in den Straßenerhalt zu investieren und - wie seit Jahren erfolglos - mehr Güter auf Schiene, Schiff oder Flugzeug verlagern zu wollen, sollte die Landesregierung ihre Ausgaben im Landesstraßenbau auf ein bedarfsgerechtes Niveau von mindestens 200 Mio. Euro pro Jahr anheben. Die jetzt beschlossene Bündelung der Aktivitäten des Landesstraßenbaus in einer neu aufzubauenden Verkehrsleitzentrale sei geradezu kontraproduktiv, weil sie neue Bürokratie aufbaue auf Kosten dringend notwendiger Investitionen. Angesichts der Schuldenbremse und der Sparzwänge der öffentlichen Hände empfiehlt die Bauwirtschaft NRW bei der Verkehrswegefinanzierung eine Umstellung von der bisherigen Haushalts- bzw. Steuerfinanzierung auf eine zweckgebundene Nutzerfinanzierung, beispielsweise durch Einführung einer PKW-Vignette bei gleichzeitiger Entlastung der PKW-Fahrer von der Kfz- und Mineralölsteuer.

Auch die Entwicklung im Wohnungsbau NRW könne die neue Landesregierung mit ihrer ökologischen Schwerpunktsetzung maßgeblich beeinflussen, betonten die Vertreter der drei Bauverbände. Schließlich stellten sowohl der demografische Wandel in Städten und Regionen des Landes als auch die gesetzlichen Anforderungen an energieeffizientes Bauen in Neubau und Bestand die Gesellschaft vor große Herausforderungen. Zur Sicherstellung und Förderung des sozialen Wohnungsbaus schlugen die Verbände-Repräsentanten u.a. vor, die der NRW.Bank übertragenen Finanzmittel ausschließlich zweckbezogen für Investitionen in den sozialen Wohnungsbau zu verwenden und aus diesem Kapitalstock mindestens 1 Mrd. Euro jährlich dem sozialen Wohnungsbau zufließen zu lassen.

Zum Vorschlagskatalog der Bauwirtschaft NRW gehört auch, der Städtebauförderung neue Impulse zu geben. Angesichts entvölkerter Stadtkerne sei es dringend notwendig, verödete Stadtzentren zu revitalisieren und gleichzeitig soziale Brennpunkte zu entschärfen. Aufgrund ihres hohen Multiplikatoreffektes - jeder investierte Euro zieht RWI zufolge acht weitere Euro an öffentlichen und privaten Investitionen nach sich - gehört die Städtebauförderung zu den effizientesten öffentlichen Investitionsbereichen. Eine weitere positive Auswirkung sei, dass sich als Folge der Städtebaumaßnahmen die Steuereinnahmen und Sozialbeiträge für die Gebietskörperschaften und Versicherungsträger deutlich erhöhen bei gleichzeitig sinkendem Aufwand durch geringere Arbeitslosigkeit. Diese Effekte sollte das Land unbedingt nutzen und die für 2010 für die Städtebauförderung im Landeshaushalt NRW vorgesehenen Mittel von 147,5 Mio. Euro (Bund: 119,1 Mio. Euro) auf 200 Mio. Euro aufstocken.